



Mit vorstehenden Ausführungen wurde versucht, einen Einblick in die Relation zwischen Unternehmergewinn und Arbeiterlöhnen zumindest des wichtigen Sektors der Vorarlberger Industrie, der mechanischen Baumwollspinnereien, zu gewinnen. Es handelt es sich dabei also nur um ein – in Einzelheiten keineswegs Genauigkeit beanspruchendes – Detailbild, einen Ausschnitt, der sich auch zeitlich nur mit einem verhältnismäßig kurzen Abschnitt befassen kann.

7. DIE ARBEITER ALS KLASSE; ORGANISATIONEN; POLITISCHE BESTREBUNGEN

Im Vormärz teilte die sich erst herausbildende österreichische Arbeiterschaft die politische Unmündigkeit mit den anderen Gesellschaftsschichten. Der mit dem Aufstieg des Kapitalismus erfolgte Zerfall der Zünfte löste die letzten Organisationsformen, in denen ein Teil der arbeitenden Menschen vereint war, auf. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts kannte in Österreich so gut wie keine Arbeiterorganisationen. Die Arbeiter hatten kein Koalitionsrecht, Verabredungen zur Arbeitseinstellung wurden mit schweren Strafen bedroht, und bei Stillstand der Fabriken, bei Produktions- und Absatzstörungen war die nackte Existenz des Arbeiters dem willkürlichen Ermessen seines Brotgebers ausgeliefert. Den Arbeitern, zumal in den Fabriken, war das Gefühl der Solidarität unbekannt, was um so erklärlicher ist, als ja ein großer Teil der Belegschaften aus Frauen und Kindern bestand; während die Ohnmacht der Arbeiterklasse, die Unkenntnis ihrer tatsächlichen Kraft, wieder eine nicht unerhebliche Mit-Ursache der schrankenlosen Ausbeutung eben jener Frauen und Kinder war.

Die Arbeiterschaft in jener Zeit bestand im wesentlichen aus drei Schichten, denen in bezug auf ihre politische Aktivität sehr unterschiedliche Bedeutung zukommt. Es waren dies

1. die Handwerksgelesen,
2. die Fabriksarbeiter und
3. Gelegenheitsarbeiter, Erwerbslose, Vagabunden, Lumpenproletariat.

Es waren die Handwerksgelesen, die nicht nur in der Zeit des Vormärz, sondern auch in den folgenden Jahrzehnten für eine politische Beschäftigung mit der Situation der arbeitenden Klassen am empfänglichsten waren, die fast immer die Kerntruppe sozialrevolutionärer Bestrebungen bildeten. Dies trifft – wie im zweiten Teil dieser Untersuchung noch gezeigt werden wird – auf Vorarlberg in besonderem Maße zu. Und zwar vor allem deshalb, weil die Großindustrie in diesem Land fast ausschließlich auf eine Textilindustrie beschränkt war, die vielfach Menschen, dazu an die zwei Drittel Frauen (und anfänglich auch Kinder) beschäftigte, welche nicht dem Proletariat im engen Sinn des Wortes zuzurechnen waren, sondern die Verbindung mit der halbbäuerlichen Sippe nie aufgegeben hatten.

Es war verständlich, daß die österreichische Regierung den regen Wanderverkehr der vorarlbergischen Saisonarbeiter in die Schweiz, nach Süddeutschland und Frankreich mit größtem Mißtrauen beobachtete. Denn schon damals galt, was der Bregenzerwälder Heimatdichter Franz Michael Felder ein Vierteljahrhundert später mit den Worten kommentierte:

„Das Zollamt in Bregenz ist freilich zuweilen sehr streng, aber es durchsucht ja doch nur die Taschen und das Gepäck des Heimkehrenden. In seinem Kopfe könnte er so manches versteckt haben, was nach einem uralten Ausspruche zollfrei ist... So scheinen in den Tälern des Walgaus, im Montafon und an der Bregenzeraach im Gegensatz zu den Städten arme, im Kampf mit tausend Hindernissen gestählte, von des Gedanken Blässe nicht angekränkelte Handwerker die Pioniere des Geistes zu werden. Meistens unbewußt, nicht beachtet oder gar noch verlacht von denen, die im Herrenstüble der Wirtshäuser sich breitmachen; verfolgt sogar von solchen, welche die Bildung nur für das Vorrecht eines Standes, einer Klasse halten, nehmen sie schon lange teil an der großen Kulturarbeit unseres Jahrhunderts.“

Es war vor allem die Schweiz, die als Ansteckungsherd revolutionärer Ideen besonders gefürchtet war. Der Bregenzer Polizeioberkommissär Bernhart war Spezialist für die Auskundschaftung revolutionärer Umtriebe unter den deutschen und österreichischen Handwerksgelesen in der Schweiz. Insbesondere die Gruppe „Junges Deutschland“ und später die Tätigkeit Wilhelm Weitlings und seiner utopisch-kommunistischen Schwarmgeister waren Gegenstand ernster Beunruhigung und zahlreicher Konfidenten- und Polizeiberichte. „Die Anstrengungen der deutschen Regierungen, die Handwerkersperren, der große Aufwand des diplomatischen Räderwerks muten uns deshalb zuweilen etwas grotesk an, wenn man sich dagegen die kleine numerische Stärke (etwa 250 Mitglieder) des ‚Jungen Deutschland‘, wenn man sich die Uneinheitlichkeit und häufig vorkommende politische und geistige Unentwickeltheit dieser Mitglieder vor Augen hält.“ (Brugger)

Für den einzelnen Handwerker war es mit den schwerwiegendsten Folgen verbunden, mit diesen Handwerkervereinen in Verbindung zu treten, und es war nahezu ein Ding der Unmöglichkeit, dies unbemerkt zu tun. Die Vertreter der einzelnen deutschen Staaten gingen bei Entdeckung solcher Fälle auf rigoroseste Weise zu Werk, wie etwa der preußische Gesandte v. Rochow, der einem Freund berichtete: „Ich schicke alle Monate die Paßvisa-Register gewissenhaft mit Bemerkungen ein, damit

man eine Kontrolle in der Heimat von denen hat, die hier waren. Daher kommt es, daß nachgerade alle Individuen sitzen, welche in Biel oder Zürich waren.“

Die österreichischen Stellen arbeiteten mit ähnlicher Präzision. Wiederholt wurden Handwerkersperren verordnet, etwa 1834 für den Kanton Bern. Ein ausgeklügeltes Spitzelsystem registrierte jede Bewegung, durch die das Untertanenbewußtsein des im Ausland weilenden Arbeiters hätte getrübt werden können. „In den Städten Ravensburg und Biberach“, heißt es in einem Konfidentenbericht aus dem Jahre 1845, „bestehen jetzt nach zuverlässigen Berichten sehr zahlreiche und in bezug auf Stimmung und Gesinnung außerordentlich fanatisierte Vereine; desgleichen in Ulm, wo man sich besondere Mühe gibt, die beim Festungsbau beschäftigten Vorarlberger und Tiroler in die Geheimnisse der kommunistischen Lehre einzuweißen und unter ihnen geeignete Apostel für den vorderösterreichischen Staat zu gewinnen.“

Es ist als sicher anzunehmen, daß die Begegnung mit den freieren politischen und sonstigen Verhältnissen auch den vorarlbergischen Handwerkern und Saisonarbeitern Anlaß zum Nachdenken gab, um so mehr, als es sich bei diesen wandernden Arbeitsleuten ja meist um die unternehmungslustigsten, aufgewecktesten und intelligentesten Männer aus jenen Schichten handelte. Aber wohl in den seltensten Fällen wird einer die direkte Beteiligung und Mitgliedschaft gewagt haben, wie etwa der Tischlergeselle Johann Anton Huber aus Sulzberg in Vorarlberg, der nach sechsjährigem Aufenthalt in der Schweiz in seinem Heimatort verhaftet und 1844 im Polizeibericht als Beispiel für das Bemühen der „kommunistischen“ Sektierer hingestellt wurde, „ihre verderblichen Grundsätze weiter zu verbreiten, wobei kein Mittel und keine Mühe unversucht gelassen wird, die aus allen Staaten dahin kommenden Handwerker für die Theilnahme an diesen Umtrieben zu gewinnen. Vielfältig sind auch österreichische Unterthanen deswegen bearbeitet, und, wie die Erfahrung gezeigt hat, sind einige davon bereits schon so weit gebracht worden, daß sie an Versammlungen dieser politischen Sektionen theilnehmen“. Bei Huber wurden mehrere Werke der utopisch-kommunistischen Propagandaliteratur vorgefunden, er selbst gestand ein, in Genf und Yverdon dem Handwerkerbildungsverein angehört zu haben.

Im allgemeinen jedoch waren die Befürchtungen, die Vorarlberger Arbeiter würden in Massen der demokratischen oder utopisch-kommunistischen Werbung erliegen, weit übertrieben. Die Berichte aus Vorarlberg betonen zwar immer wieder die große Sorgfalt, mit der die Behörden bei Erteilung der Ausreisegenehmigungen und bei den infolge bevorstehender Entlassungen bzw. Lohnsenkungen in der Öffentlichkeit wachwerdenden Befürchtungen vor Exzessen vorgingen, man war auch von der Anwesenheit von „diesen Grundsätzen huldigenden Individuen“ überzeugt, „daß sie aber hierlandes Proselten gemacht, oder daß sich sogar förmliche Communistenvereine gebildet hätten, ist nach allen Wahrnehmungen bisher nicht der Fall“.

Waren so die bewußtesten Vertreter des arbeitenden Standes bestenfalls vereinzelt unter den Handwerkern zu finden, lassen sich bei der breiten Masse der Fabrikarbeiter die ersten Ansätze eines Solidaritätsgefühls höchstens im Keim erkennen. Das kennzeichnendste Beispiel hiefür ist der bereits erwähnte Streikversuch der Arbeiter der Fabrik in Kennelbach im Jahre 1841.

Unter der großen Masse der Heimarbeiter, die durch die Einführung der Maschinen in ihrer Existenz bedroht waren, mag wohl das dumpfe Bewußtsein eines Ausgeliefertseins an unerbittliche Schicksalsmächte geherrscht haben, und die Sorge um die Zukunft wird nicht allein auf die Befürchtungen des Kreishauptmannes Ebner beschränkt gewesen sein. Zu spontanen Verzweiflungsausbrüchen hungernder Heimarbeiter ist es jedenfalls in Vorarlberg nicht gekommen, während die benachbarte Schweiz von

Maschinenstürmen nicht verschont blieb, wie etwa der Zerstörung der Fabrik Corredi & Pfister in Pfäffikon im November 1832. Die Ursache dafür, daß der für Tausende Familien sicherlich nicht schmerzlose Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit in Vorarlberg ohne wütendes Aufbegehren der Brotlos gewordenen erfolgte, wird wohl in erster Linie darin zu sehen sein, daß die eigentliche (Heim)Arbeiterfamilie in Vorarlberg damals noch die Ausnahme war, daß die Heimarbeit vor allem einen Zusatzverdienst einzelner Familienmitglieder bildete.

Was die breite Masse damals als quälende Existenzfrage ängstigte, beunruhigte auch die großen Geister der Zeit, ließ einen Goethe prophetische Befürchtungen aussprechen (die – obwohl von ganz anderen Grundlagen und in anderer Zielrichtung ausgesprochen – den Leser aus dem Zeitalter der Atombomben und der Roboter erschauern lassen):

„Das überhandnehmende Maschinenwesen quält und ängstigt mich, es wälzt sich heran wie ein Gewitter, langsam, langsam; aber es hat seine Richtung genommen, es wird kommen und treffen . . . Man denkt daran, man spricht davon, und weder Denken noch Reden kann Hilfe bringen. Und wer möchte sich solche Schrecknisse gern vergegenwärtigen! Denken Sie, daß viele Täler sich durchs Gebirg schlingen, wie das, wodurch Sie herabkamen, noch schwebt Ihnen das hübsche frohe Leben vor, das Sie diese Tage her dort gesehen, wovon Ihnen die geputzte Menge allseits andringend gestern das erfreuliche Zeugnis gab; denken Sie, wie das nach und nach zusammensinken, absterben, die Öde, durch Jahrhunderte belebt und bevölkert, wieder in ihre uralte Einsamkeit zurückfallen werde.“

Die bis in unsere Tage fortdauernde Entvölkerung, ja Verödung der Gebirgsdörfer haben diese Befürchtungen – auch in Vorarlberg – zumindest teilweise wahrwerden lassen.

Während jedoch unter den Bedingungen der Hausindustrie keinerlei wie immer geartete Organisation gedeihen konnte, ja überhaupt als notwendig empfunden wurde, brachte die Zusammenballung größerer Arbeitermassen in den Fabriken fast unwillkürlich einen Zug zur beginnenden Organisierung mit sich, welcher sich selbst in der Atmosphäre absolutistischer Koalitionsfeindlichkeit bemerkbar machte. So entstanden in mehreren Fabriken Vorarlbergs, unter Patronanz des Unternehmers, sogenannte Unterstützungsvereine, auf welche die Behörden bald aufmerksam wurden; hatten sie doch „förmliche Statuten, ohne daß hiezu eine eigentliche höhere Genehmigung erfließen wäre oder eine obrigkeitliche Kontrolle über die Gelder besteht.“ Das diesbezüglich befragte Kreisamt in Bregenz vertrat die Ansicht, daß diese Vereine keiner behördlichen Bestätigung bedurften, „da ihr Bestand und Vollzug lediglich durch das private Übereinkommen der Arbeiter einer einzelnen Anstalt bedingt ist“.

Die Tiroler Landesregierung zeigte an diesen Unterstützungsvereinen jedoch ziemlich reges Interesse und beauftragte das Kreisamt mit einer genaueren Untersuchung. Aus dem hierauf erfolgten Bericht aus Bregenz geht hervor, daß im Jahre 1847 insgesamt acht Unterstützungsvereine in Vorarlberg bestanden, und zwar in der Eisengießerei Grahsmayr & Co. in Frastanz, in den Baumwollspinnereien in Bludenz, Frastanz, Thüringen, Kennelbach und Hard, in der Färberei Elmer in Satteins und in der Bijouteriefabrik Dittler in Mehrerau. Diese Vereine verfolgten alle den gleichen Zweck: Unterstützung der Arbeiter in Krankheitsfällen, mitunter auch Unterstützung reisender Handwerker.

Das Kreisamt schlug vor, die Vereinsstatuten nach deren erfolgter Vereinheitlichung zu genehmigen und die Vereine eventuell in einem Vorarlberger Dachverband zusammenzuschließen. Allerdings gab das Kreisamt, auch hierin von einer bemerkens-

wert sozialen Einstellung getragen, zu bedenken, daß sich die Kassen zum Teil auch aus den Strafgeldern fondierten, welche die Fabriksherren im Wege ihrer Hauspolizei nach Maßgabe der in den betreffenden Fabriken eingeführten Hausordnung erhoben. Dabei kam es, zumal den Berichten des Landgerichtes Sonnenberg zufolge, oft zu groben Willkürlichkeiten. Würden nun die vorliegenden Statuten sanktioniert, so bedeutete dies, daß die Behörden auch diese Strafen indirekt billigen, aber „es könnte wohl der Fall sein, daß diese Strafen dem Geiste der allgemeinen Strafgesetze zuwiderlaufen; in dieser Hinsicht, und weil es überhaupt an der Zeit ist, vorzüglich den Fabrikarbeiter vor Willkürakten der Fabriksherren zu schützen“, sollten die Hausordnungen in den Fabriken als Vorbedingung für die Genehmigung der Statuten einer behördlichen Revision unterzogen werden.

Der Bericht aus Vorarlberg entwirft auch ein Bild, das Aufschluß über das Wesen zumindest einzelner dieser Fabrikskassen gibt:

„Die Statuten des Vereins der Fabrikarbeiter bei Douglass in Thüringen tragen nicht die Natur von Vereinsstatuten, sondern vielmehr einer sehr kategorischen Verordnung des Fabriksherrn an sich, der hiedurch ganz die Miene eines Gesetzgebers annimmt oder vielmehr statt der vielen Worte in Kürze dasselbe gesagt haben würde, wenn er sich ausgedrückt hätte: ‚Ich behalte mir bevor, in Angelegenheiten des Vereins zu verfügen, wie es mir beliebt!‘“

Eine behördliche Kontrolle der Vereine blieb freilich aus, denn die Tiroler Kammerprokuratur wollte die Fabriksherren nicht „disgustieren“ oder gar die Einstellung der vom Fabriksherrn beigestellten Unterstützungen der Kassen bzw. deren Auflösung provozieren.

Während übrigens das Bregenzer Kreisamt ursprünglich der Ansicht war, daß für die Vereine eine behördliche Bewilligung überhaupt nicht erforderlich sei, konnte die Polizeidirektion der Kreishauptstadt, deren Beamten (in diesem Fall Kommissar Martinec) man einen überaus empfindlichen Spürsinn auch nur für jeden Keim einer revolutionären Bedrohung nicht absprechen kann, diese Ansicht nicht nur nicht teilen, sondern fand sie „auffallend“, da „abgesehen, daß jeder Verein durch Überschreitung von der ihm vorgezeichneten Linie für den Staat bedenklicher als einzelne Personen werden kann, insbesondere die Klasse der Arbeiter es ist, die an so vielen Orten in der Neuzeit Beweise ihrer Gefährlichkeit gegeben und insbesondere durch die kommunistische Propaganda so vielen bedenklichen Stoff in sich trägt, weiters gerade die Arbeiter in Vorarlberg wegen der Nähe der Schweiz und der vielen Schweizer unter ihnen eine sehr genaue Aufsicht fordern.“ Der Polizeibericht weist unter anderem darauf hin, daß in den Vorarlberger Fabriken³⁸ für die gegen das jesuitische Luzern aufgebotenen Freischaren gesammelt wurde, und stellte an das Kreisamt die rhetorische Frage, ob diesem wohl der Mißbrauch der Unterstützungsvereine bei den Arbeiterunruhen in Böhmen entgangen sei.

Es waren wohl die Wirren des Jahres 1848, welche die Aufmerksamkeit der Behörden von den vorarlbergischen Fabrikskassen ablenkten, bevor eine Entscheidung in dieser Frage getroffen worden war. Als Krankenunterstützungsvereine taten sie noch lange ihren Dienst, bis sie von weiterreichenden Krankenversicherungsinstituten abgelöst wurden.

Die Revolution des Jahres 1848 fand in Vorarlberg einen relativ günstigen Boden. Im Gegensatz zu Tirol zeigten sich die Vorarlberger und insbesondere das aufstrebende vorarlbergische Bürgertum, stark kritisch und kannten nicht die blinde Ergeben-

³⁸ wohl auf Veranlassung und unter der Ägide einiger demokratischer Fabrikanten.

heit in den Willen der Vorgesetzten. Die Unzufriedenheit der Unternehmerschaft mit den unverhältnismäßig hohen Lebensmittelpreisen in Vorarlberg, die sie zur Zahlung höherer Löhne zwang und damit der Gefährdung durch die Konkurrenz aussetzte, die sich in Krawallen in Hittisau, Lustenau, Dornbirn und Feldkirch äußernde Ablehnung der hohen indirekten Steuern verbanden sich mit den gegen die Vereinigung mit Tirol gerichteten lokalpatriotischen (um nicht zu sagen „nationalen“) Resentiments und einem im Bürgertum weitverbreiteten Großdeutschtum. „So konnte es geschehen, daß die Revolution in Tirol ablief wie an glatten Felsen, in Vorarlberg aber ihre Furchen grub und neues Leben erstehen ließ.“ (Geist)

Die Revolution des Jahres 1848 trug, wie im übrigen Österreich, auch in Vorarlberg den typischen Charakter aller deutschen Revolutionen des 19. Jahrhunderts. Im Vordergrund stand die Verfassungsforderung, die so lange selbständige Bedeutung hatte, als das besitzende Bürgertum das führende Element der Revolution war. Sein Hauptziel war die verfassungsmäßige Beschränkung der Monarchie, um die Hemmnisse für seine individuelle, wirtschaftliche und geistige Betätigung zu beseitigen.

In Vorarlberg ist die geistige Zielsetzung der revolutionären Bewegung, die mit den oben genannten lokalen Forderungen verknüpft war, nie über diese Grenze hinausgegangen. Die Revolution blieb in erster Linie eine Angelegenheit der „Demokraten“, also des Bürgertums, das es verstand, die bewußteren Teile der Arbeiterschaft als Bundesgenossen zu gewinnen, welche – als Gruppe – keine Zielsetzungen kannte, die über jene des Bürgertums hinausgingen. Radikale, Republikaner gab es in Vorarlberg kaum. Ebenso wenig scheint der Problemkomplex der sogenannten Arbeiterfrage, deren objektives Bestehen aus den in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Verhältnissen eindeutig hervorgeht, auch überhaupt nur berührt worden zu sein, während man in Wien doch immerhin zumindest aufmerksam wurde auf dieses gefährliche Geschwür im Volkskörper.

Es war vor allem der Feldkircher Fabriksbesitzer Carl Ganahl, der sich, im Bewußtsein, bei seinen Arbeitern eine sichere Rückendeckung zu haben, als Haupt der „wühlerischen“ Partei für eine demokratischere Regelung der Wahl der Landesvertreter für den nach vierzigjähriger Pause wieder einberufenen Landtag einsetzte. Die bereits erfolgten Wahlen mißbilligend, die auf Grund einer Verfügung des Kreisamtes von den Gemeindevorstellungen und den drei höchstbesteuerten Bürgern jeder Gemeinde vorgenommen worden waren, sprengte er an der Spitze einer Gruppe von Bürgern und Arbeitern am 18. April 1848 den in Feldkirch tagenden Landtag, „weil man von den alten Heimlichkeiten nichts mehr wissen wollte“. Dem Kreisamt blieb nichts anderes übrig, als Urwahlen auszuschreiben, deren Ergebnis freilich keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem von den Gemeindevorstehern ernannten Landtag brachte. Der neue Landtag befaßte sich unter anderem sofort mit Maßregeln zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Oberland, wo Fabriksschließungen viele Arbeiter brotlos gemacht hatten. Die Stände forderten, die arbeitslos gewordenen bei öffentlichen Arbeiten zu beschäftigen, weil man „bei der jetzigen Geldnot und Arbeitsstockung leicht Arbeiter um einen bedeutend billigeren Arbeitslohn erhalten könne, als es der war, den man früher hätte bezahlen müssen“.

Die Revolution von 1848 brachte auch für Vorarlberg keine entscheidende Wendung in der Frage der Selbstverwaltung. Mit der Oktroyierung der Verfassung vom 4. März 1849 wurde das Land erneut unter die Herrschaft Tirols gestellt, ja sogar die Vorarlberger Stände mußten sich zum Landtag nach Innsbruck begeben. Demokratische Regungen, wie sie etwa in der Gründung des „Patriotischen Vereins der Volksfreunde“ ihren

Ausdruck gefunden hatten, der sich die „Beförderung des konstitutionellen Fortschritts, Wahrung der errungenen Freiheiten und Hintansetzung jeder Reaktion“ zum Ziele setzte, wurden unterdrückt. Die von der ultramontanen Partei ohnedies von Anfang an mit scheelen Blicken angesehene Vereinigung mußte sich in einen Leseverein umwandeln, um überhaupt noch weiterexistieren zu können.

Allerdings – so wenig erfolgreich die Revolution des Bürgertums im Jahre 1848 auf politischem Gebiet auch gewesen sein mochte – wirtschaftlich wurde sie zu einem Sieg für das liberale Großbürgertum, für die Industrie; was die folgenden Jahrzehnte bestätigten.